

Europa rüstet auf

"Wer eine gemeinsame Währungspolitik macht, braucht auch eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die diese abstützt", stellte der spanische Ratspräsident und Verteidigungsminister Frederico Trillo-Figueroa am Dienstag im Europaparlament in Straßburg fest. Die Schnelle Eingreiftruppe der Europäischen Union will Figueroa deshalb langfristig nicht auf humanitäre Einsätze beschränken. Für den Kampf gegen den Terrorismus sei die Truppe eigentlich nicht vorgesehen. Der Spanier allerdings verspricht: "Wir müssen die EU vor Terrorismus schützen. Dafür werden auch militärische Mittel gebraucht. Wir werden uns dafür einsetzen, diese Mittel zu schaffen."

Mit dem Nato-Partner USA könne die Euro-Truppe einfach nicht mithalten, bemängelten einige Europa-Abgeordnete. Fazit der Debatte: Die EU müsse deutlich mehr Geld für Rüstung ausgeben und die europäische Rüstungsindustrie auf Vordermann gebracht werden. Solche Forderungen seien zwar unpopulär, jedoch notwendig. Kritik an den von der spanischen Präsidentschaft vorangetriebenen Rüstungsplänen kam im Straßburger Haus nur vereinzelt auf.

Die Mädchen sind los!

Es ist soweit, am 25. April findet der erste Girl's Day in Luxemburg statt. Mit dem internationalen Motto "Make it your future - Huel deng Zukunft an d'Hand - Prends ton avenir en main" richtet sich die vom Frauendokumentationszentrum Cid-femmes lancierte Initiative an Mädchen aus dem Sekundarunterricht. Sie haben, so die Veranstalterinnen, an diesem Tag die Möglichkeit, einen konkreten Eindruck von der Arbeitswelt zu erhalten. Dazu sollen Mädchen einen Tag lang einen Elternteil oder eine andere Person an deren Arbeitsplatz begleiten. Vor allem technische Berufe und Berufe aus der IT-Branche möchte Cid-femmes mit dem Tag den Mädchen bekannt machen, ein Grund, warum sich das Zentrum ausdrücklich an Unternehmen aus diesem Sektor richtet. Diese könnten mit dem Girl's Day ihre "potenzielle Personalressource von morgen kennen lernen und sich ihr vorstellen".

Cid-femmes fungiert dabei als Kontaktbörse: Unter www.girls-day.lu erhalten interessierte Betriebe nebst Information auch ein Anmeldeformular, das sie per Mausclick an das Zentrum schicken können. Cid-femmes wird dann zwischen interessierten Schulen bzw. Mädchen und dem Unternehmen vermitteln.

ADR und CSV: Wandel verpennt

Der familienpolitische Experte des ADR, Jean Colombara, macht sich (immer noch) Sorgen um den Wandel der luxemburgischen Gesellschaft, der "insbesondere der Keimzelle der Gesellschaft, der Familie heftig zusetzt". Schließlich nehme die "Kinderfreudigkeit" und "der Wille zur Familie" ab, im Gegenzug dazu sind konsumorientierte Singles im Kommen. Hilfesuchend wendet sich der ADR-Abgeordnete deshalb mit einer parlamentarischen Anfrage an das Familienministerium - was tun, um unter solch dramatischen Umständen den Willen zum Kind zu fördern?

Das Ministerium erteilt dem Besorgten prompt soziologischen Nachhilfeunterricht: "Historische, soziologische und ethnologische Untersuchungen belegen eindeutig die große Vielfalt gelebter Familienformen", stellt es in seiner Antwort fest. Und es geht noch weiser weiter: "Paare und Familien in unserem Land teilen längst nicht mehr einen selben Glauben oder identische philosophische Überzeugungen. (...) Ihre Ansichten über Partnerschaft, Ehe, Elternschaft und Familie sind verschiedenartig." Gut geschrieben, bloß: Wie steht es mit einem allgemeinen Adoptionsrecht unbesehen von Familienstand und sexueller Orientierung für Alleinstehende, Unverheiratete und Homosexuelle? Und wann kommt die Homoehe?

EP/NAHER OSTEN

Wirtschaftlicher Druck auf Israel

Das EP debattiert über die Lage im Nahen Osten und beschließt mit knapper Mehrheit einen Aufruf zur Aussetzung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel.

(dw) - "Wir müssen eine klare politische Perspektive entwickeln", hatte der hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana, am Dienstag Nachmittag im Straßburger Europaparlament verkündet. "Die Grenzen des Akzeptablen sind überschritten", so Solana, der es jedoch vermied, konkrete Schritte der EU gegenüber Israel anzusprechen.

Etwas weiter gingen die Europa-Abgeordneten. Tagelang war an einem Entschließungsantrag zum Nahen Osten herumformuliert worden. Besonders in einem Punkt waren sich die ParlamentarierInnen bis zum Schluss nicht einig: Sollte man die Aussetzung des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel fordern? Die größte Fraktion, die christdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) blieb bis zum Schluss in dieser Frage gespalten. "Die Mehrheit unserer Fraktion wird dieser unausgeglichene Resolution nicht zustimmen", sagte Fraktionspräsident Hans-Gert Pöttering kurz vor der Abstimmung. Mit 269 Stimmen gegen 208 ging der Text schließ-

lich doch durch - inklusive der Aufforderung zur Aussetzung des Assoziationsabkommens. Das Abkommen regelt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Israel.

Des Weiteren fordert das EP, "dass die Entsendung einer internationalen Interpositions- und Beobachtertruppe in die Region unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erwogen wird". Der Jubel, der im Parlamentssaal nach der Abstimmung vor allem in der Fraktion der Linken über den Nahost-Text ausbrach, konnte jedoch nicht über eines hinwegtäuschen: Die EP-Entschließung ist in keinster Weise verpflichtend. Die Präsidentschaft sei damit einverstanden, das Assoziationsabkommen als Verhandlungsinstrument einzusetzen, versicherte Ramon de Miguel als Vertreter der spanischen Ratspräsidentschaft den Abgeordneten. "Allerdings ist für eine solche Maßnahme Einstimmigkeit im Rat notwendig", so de Miguel und fügte hinzu: "Ich hoffe, dass der klare Wille des EP ein Zeichen für alle Regierungen der Mitgliedstaaten ist."

Bislang gibt es keine Einstimmigkeit

Der Druck im Rat könnte sich damit auf die beiden Länder verstärken, die sich bislang gegen Wirtschaftssanktionen gegenüber Israel ausgesprochen haben: Deutschland und Großbritannien. Israel hat derweil die EP-Entschließung verurteilt.

"Wir sind enttäuscht und bedauern diesen Text", sagte Victor Harel, ein Vertreter des israelischen Außenministeriums, auf einer Pressekonferenz in Straßburg. Vielmehr seien konstruktive Vorschläge gefragt, wirtschaftliche Sanktionen werde seine Regierung vollkommen ablehnen, sie würden demnach nirgendwo hinführen.

Ebenfalls nach Straßburg gereist waren Mitglieder der Organisation "Yesh Gvul", einer israelischen Friedensinitiative, die unter anderem Soldaten, die den Dienst in der israelischen Armee verweigern, betreut. "Ich bin kein Pazifist", erklärte der 26jährige Offizier Dan Tamir, "doch mit diesem Krieg bin ich nicht einverstanden." Peretz Kidron, ebenfalls ein israelischer "refusenik", ist der Überzeugung, dass eine Bewegung, die aus der Armee hervorgeht, mehr bewegen kann als eine Organisation, die lediglich aus Zivilbürgern besteht. Dass der Friedensprozess aber nur in Gang kommen kann, wenn sich auch auf palästinensischer Seite etwas bewegt, davon ist Peretz Kidron überzeugt. Auf die Frage, wieso denn 72 Prozent der Israelis die Politik Ariel Sharons unterstützen, sagte Kidron: "Die Israelis fühlen sich als potenzielle Opfer - egal, wo sie hingehen. Dies ist das, was die palästinensische Politik erreicht hat. Und das muss von palästinensischer Seite zurückgenommen werden."

NATIONALITÉ

Parlez-vous luxembourgeois?

Depuis peu, des connaissances de base en luxembourgeois sont requises pour se faire naturaliser. Mais comment les prouver? Une question pratique sur fond de querelle politique.

(rw) - Ce fût un des points les plus controversés lors du débat sur la réforme de l'accès à la nationalité luxembourgeoise: la condition de connaissances de base en luxembourgeois était considérée comme une condition indispensable par les uns, comme une barrière à l'intégration par les autres. En fait, le texte finalement retenu et voté à la Chambre par les groupes de la majorité le 4 juillet 2001 représentait un léger assouplissement par rapport au projet initial déposé par Luc Frieden (CSV), ministre de la justice. Contrairement à ce qui avait été prévu dans l'accord de coalition - la connaissance d'une des trois langues du pays comme condition pour la naturalisation - le projet de loi réclamait en plus explicitement la "connaissance de la langue luxembourgeoise".

Il y a un an, la commission juridique, chargée d'analyser le projet de loi sur les naturalisations avait transformé ce bout de phrase en "connaissance de base de la langue luxembourgeoise, appuyée par des certificats ou documents officiels". Et elle avait précisé dans son rapport sur le projet de loi que ces certificats ou documents officiels "englobent des pièces attestant que le demandeur a suivi des cours de

luxembourgeois, mais aussi une déclaration écrite de son employeur". Elle fût bien placée pour se mêler de l'affaire: c'est à cette même commission juridique que revient également la mission d'examiner les demandes personnelles en naturalisation auxquelles la Chambre doit à chaque fois donner son accord en dernier lieu.

Pratique inchangée?

Une question parlementaire introduite par le député socialiste Mars di Bartolomeo se réfère au fait que la pratique administrative n'a pas changé avec la nouvelle loi entrée en vigueur en janvier. L'évaluation des connaissances linguistiques requises est toujours faite par les fonctionnaires de l'état civil des communes respectivement par les agents de police chargés de l'enquête préliminaire. C'est pourquoi le député demande quelles sont dorénavant les modalités d'appréciation de la langue luxembourgeoise: "Est-ce que des instructions précises ont été données aux policiers respectivement aux officiers de l'état civil et existe-t-il un circulaire ministérielle en la matière?". Vis-à-vis du woxx, M. di Bartolomeo a souligné qu'à sa connaissance ces instructions précises, demandées jadis dans le rapport de la commission juridique, feraient effectivement toujours défaut.

Pourtant, lors des discussions de l'année dernière, la pratique des tests par les agents public avait été explicitement mise en cause. Et la commission avait souligné dans son rapport: "Si, étant saisie d'une demande en naturalisation, la Commission [juridique de la Chambre] se ba-

se actuellement, du point de vue des connaissances linguistiques, sur le questionnaire rempli au commissariat de police compétent, lors d'un entretien avec le demandeur, la Commission se basera dorénavant, aussi et surtout, sur les pièces prémentionnées." D'ailleurs, le procédé de l'enquête et du rapport fait par la police avait été critiqué plus généralement. Non seulement, les agents de police font une inspection du domicile de la personne demeurante, mais on peut se poser des questions sur leur capacité (et parfois leur bonne volonté) en ce qui concerne les tests des connaissances linguistiques des candidat-e-s. Et même si les agents de police sont coopératifs, ils doivent remplir des formulaires dont les formulations sont vieilles de 60 ans! D'ailleurs le ministre avait été invité à les faire modifier.

L'appréciation du député socialiste Ben Fayot lors du débat de l'année dernière, à savoir que les termes utilisés étaient bien trop vagues et que la loi allait créer notamment dans le domaine de la langue une grande insécurité légale, ne s'avère donc que trop juste. Quoi qu'il en soit, la pratique administrative soutenue par M. Frieden semble bien embarrasser son collègue Laurent Mosar qui, lors des débats à la Chambre, avait proclamé haut et fort que la présentation de certificats était suffisante. Mercredi, présidant une réunion de la commission juridique, il a annoncé vouloir inviter le ministre à s'expliquer devant la commission. Match Frieden-Mosar: nouveau set?

